



MACHT HEUTE, WAS MORGEN ZÄHLT.

***UNSER WAHLPROGRAMM FÜR DEN RHEIN-ERFT-KREIS 2025.
KREISTAGSWAHL 2025.***



MACHT HEUTE, WAS MORGEN ZÄHLT.

***UNSER WAHLPROGRAMM FÜR DEN RHEIN-ERFT-KREIS 2025.
KREISTAGSWAHL 2025.***

INHALT

1. UMWELT & ENERGIE	06
1.1 Flächen-, Natur-, Gewässerschutz & Trinkwasser	06
1.2 Umweltbildung und Artenschutz	08
1.3 Klimaschutz und Energie – Global denken, lokal handeln	08
1.4 Wälder & Landwirtschaft	10
1.5 Abfälle vermeiden – In Kreisläufen wirtschaften	11
2. STRUKTURWANDEL ALS CHANCE FÜR EINE NACHHALTIGE, WETTBEWERBSFÄHIGE & DIGITALE ZUKUNFT	12
3. WIRTSCHAFT & ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN	14
3.1 Lokale Wirtschaftspolitik – Die Arbeit der Zukunft vor Ort	14
3.2 Aktive Wirtschaftsförderung – Potenziale ausschöpfen	15
3.3 Digitale Wirtschaft – Den Rhein-Erft-Kreis fit für die Zukunft machen	16
4. BILDUNG & KULTUR	17
4.1 Der Kreis als Schulträger – Verantwortung für künftige Generationen	17
4.2 Kultur – Unsere Heimat ist Vielfalt	19
4.3 Sport – Unser Kreis bewegt sich	20
5. MOBILITÄT & VERKEHR	21
3.1 Lokale Wirtschaftspolitik – Die Arbeit der Zukunft vor Ort	14
5.1 Verkehrsraum – Mehr Raum für Menschen	23
5.2 Radfahren – Gesund, flexibel und schnell ans Ziel	23
5.3 Bus und Bahn – Alle sollen überall ankommen können	25
5.4 Straßen - Substanz erhalten, Neubau bremsen	27
6. SOLIDARITÄT, SOZIALES & INTEGRATION	28
6.1 Soziale Teilhabe – Gerecht und sozial: unser Plan für den Kreis	29
6.2 Jugend & Familie – gute Bedingungen & bester Start für die neue Generation	31
6.3 Altersgerechtes Leben – Gesellschaftliche Teilhabe aktiv ermöglichen	32
6.4 Menschen mit Beeinträchtigung unterstützen	34
6.5 Integration – Für eine vielfältige Gesellschaft	35
6.6 Gleichstellung – Parität muss Normalität sein	36
6.7 Arbeitsmarkt – menschlich und gerecht gestalten	37

6.8 Für unsere Demokratie und offene Gesellschaft	38
6.9 Verbraucher- und Gesundheitsschutz – Der Mensch im Mittelpunkt	39

7. MODERNE UND DIGITALE VERWALTUNG	40
7.1 Digitalisierung konsequent voranbringen	41
7.2 Interkommunale Zusammenarbeit – Gemeinsam für den Rhein-Erft-Kreis	42
7.3 Personal und Verwaltung – Fit für die Zukunft	43
7.4 Verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen	44
7.5 Sicher im Rhein-Erft-Kreis	45
7.6 Demokratische Teilhabe im Kreis	46

1. UMWELT & ENERGIE

Wir sind die Partei im Rhein-Erft-Kreis, die sich konsequent für Klima- und Umweltschutz einsetzt. Gemäß dem Motto „Global denken – Lokal handeln“ wollen wir mit Blick auf den Klimawandel konsequent vor Ort handeln. Dabei wollen wir gemeinsam mit allen Akteuren unser aller Zukunft bestmöglich gestalten.

Der Rhein-Erft-Kreis hat im Rahmen des Strukturwandels die große Verpflichtung, Vorreiter bei der Energiewende und im Klima-, Natur- und Ressourcenschutz zu werden.

1.1 Flächen- Natur-, Gewässerschutz & Trinkwasser

Im Rhein-Erft-Kreis ist der Flächenverbrauch nach wie vor hoch, bedingt durch Wohn- und Gewerbeneuansiedlungen im Zuge des Strukturwandels. Wir setzen uns dafür ein, neue Bauflächen möglichst flächenschonend und mit Augenmaß zu entwickeln. Der Schutz fruchtbarer Böden, insbesondere der ertragreichen Bördeböden, hat für uns hohe Priorität.

Unsere heimischen Gewässer sind nicht nur Lebensraum für zahlreiche Pflanzen und Tiere, sondern ebenso – ob als Oberflächengewässer oder als Grundwasser – Quellen für unser Trinkwasser.

Auch der fortschreitende Klimawandel stellt den Kreis vor Herausforderungen. Der Grundwasseranstieg nach dem Ende des Tagebaus erfordert eine Neubewertung zahlreicher Altlastenflächen. Für den Erhalt unserer Natur setzen wir auf Renaturierung statt weiterer Versiegelung.

Auch auf den Klimawandel wollen wir aktiv reagieren: mit Schwammstadt-Prinzipien, durch Regenwassernutzung, funktionsfähige Entwässerungssysteme und klimaangepasstes Bauen. Wir stellen fest, dass über die Erweiterung des Phantasialandes allein der Brühler Rat entscheidet. Eine Erweiterung des Phantasialands in das Naturschutzgebiet lehnen wir klar ab.

Wir GRÜNE wollen

- die Altlastenflächen untersuchen und hinsichtlich des Risikos neu bewerten.
- Seen und Teiche im Südkreis bewahren und mit dem Naturpark Rheinland die Besucherlenkung neu denken.
- für alle Besucherlenkungen das Prinzip der Flächen-sparsamkeit durchsetzen.

- dass der Kreis Mitgesellschafter der Tagebaumfeldinitiative „Neuland Hambach“ wird.
- dass die Erft-Renaturierung an der Gymnicher Mühle weitergeführt wird.
- weitere Gewässer im Rhein-Erft-Kreis renaturieren und zusätzliche naturnahe Retentionsflächen schaffen.
- uns dafür einsetzen, dass weitere Möglichkeiten zur Trinkwasserversorgung im Nordkreis geprüft werden.
- den „Runden Tisch für Wasser“ innerhalb des Kreistages und seiner Ausschüsse weiterführen.
- dass zukünftig brachliegende Industrie- oder Gewerbestandorte weiter als eben diese Standorte genutzt werden, bevor weitere Flächen in Anspruch genommen werden.
- dass der Artenschutz im Rhein-Erft-Kreis weiter ausgebaut wird, und dass regional ansässige Vereine/Organisationen, die sich für bedrohte/gefährdete Wildtiere einsetzen und diese versorgen, weiterhin finanziell und auch mit anderen erforderlichen Mitteln unterstützt werden.
- dass schnellstmöglich ein Nachtfahrverbot für Mähroboter zum Schutz von Igeln und weiteren Kleintieren umgesetzt wird, begleitet von einer breiten Informationskampagne.
- die Schaffung eines Tierschutzbeauftragten für den Rhein-Erft-Kreis.
- dass der Kreis bei Neubauvorhaben die Kommunen in Bezug auf Entwässerung berät.
- die Wasserverbände unterstützen, die Wasserqualität zu verbessern, indem Mikroplastik und Medikamenten-Rückstände weitestgehend ausgefiltert werden.
- dass Entwässerungssysteme entlang von straßengebundener Infrastruktur frei von Unrat sind.



1.2 Umweltbildung und Artenschutz

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen braucht starke Strukturen, sowohl organisatorisch als auch räumlich. Wir setzen uns für die Verbindung von Biodiversität, Naherholung und Klimaanpassung ein. Besonders rund um den Hambacher Wald, in der Erftaue und im Raum westlich der Erft sollen Grünachsen und Frischluftschneisen erhalten und ausgebaut werden.

Einrichtungen wie die Biologische Station und das Naturschutzzentrum Gymnicher Mühle leisten unverzichtbare Arbeit im Artenschutz, in der Landschaftspflege und im Bildungsbereich – sie wollen wir stärken und weiterentwickeln.

Wir GRÜNE wollen

- die Biologische Station Bonn/Rhein-Erft-Kreis im Friesheimer Busch finanziell unterstützen.
- prüfen, ob die Biologische Station als Landschaftspflege-Station ausgebaut werden kann, sodass auch die kommenden Aufgaben des Artenschutzes und der Landschaftspflege im jetzigen Tagebauvorfeld gewährleistet werden.
- eine Freiraumstrategie westlich der Erft erarbeiten lassen, um Grünkorridore und Frischluftschneisen zu erhalten und auszubauen.
- den Naturpark Rheinland weiterhin bei seinem umweltpädagogischen Angebot finanziell unterstützen.
- das Naturschutzzentrum Gymnicher Mühle einschließlich des neu geschaffenen und insbesondere im Nordkreis einzusetzenden Umweltmobils weiter unterstützen.

1.3 Klimaschutz und Energie – Global denken, lokal handeln

Die Klimakrise ist längst auch bei uns spürbar. Das erfordert entschlossenes Handeln auf allen Ebenen. Der Rhein-Erft-Kreis steht im Strukturwandel vor der Chance, Vorreiter für eine klimaneutrale Region zu werden. Dazu braucht es den Ausbau erneuerbarer Energien, intelligenter Speicherlösungen und regional erzeugten Wasserstoff ebenso wie eine wirksame Unterstützung der Kommunen durch das Strukturwandelmanagement und gezielte Förderprogramme.

Wir setzen uns für ein verbindliches Konzept zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel (kurz: Klimakonzept) auf Kreisebene ein, das bestehende Strategien der Kommunen integriert und gemeinsam mit allen relevanten Akteuren umgesetzt wird. Gleichzeitig muss sich der Kreis besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten – mit Maßnahmen von Hitzeschutz bis Hochwasserprävention.

Zentrale Bausteine sind die energetische Sanierung kreiseigener Gebäude, der weitere Ausbau der PV-Offensive sowie die Stärkung des EkoZet als Motor für die Energiewende vor Ort.

Wir GRÜNE wollen

- die erfolgreiche PV-Offensive für Privathaushalte sowie das zugehörige Förderprogramm weiterführen.
- uns für eine Verstetigung der Stellen des Strukturwandelmanagements durch höhere Ebenen bis zum endgültigen Ausstiegsdatum ohne jährliche Neubeantragung einsetzen.
- ein Klimakonzept für den Rhein-Erft-Kreis erarbeiten, das sinnvolle Maßnahmen aus den Kommunen bündelt und relevante Akteure vernetzt.
- dass der Rhein-Erft-Kreis mit allen kreiseigenen Einrichtungen bis 2035 klimaneutral wird.
- dass der Kreis die Kommunen nach Kräften bei Untersuchungen und Maßnahmen unterstützt, wo und wie industrielle Abwärme für lokale Fernwärmenetze genutzt werden kann.
- die klimaneutrale und energieproduzierende Sanierung kreiseigener Gebäude konsequent fortsetzen.
- das Energie-Kompetenz-Zentrum (EkoZet) in Kerpen-Horrem als Leuchtturm der Energiewende weiter stärken und ausbauen.
- den Kreis dazu befähigen, die Kommunen gezielt auf Landesförderprogramme hinzuweisen und sie bei der Beantragung aktiv zu unterstützen.
- prüfen, ob eine Stabsstelle für die Klimafolgenanpassung einzurichten ist.



1.4 Wälder & Landwirtschaft

Die jahrzehntelange fossile Energieerzeugung einerseits und der damit verbundene Rohstoffabbau andererseits haben unübersehbare Spuren in Landschaft und Umwelt hinterlassen und wertvolle Wälder und fruchtbare Böden vernichtet.

Die Landwirtschaft im Rhein-Erft-Kreis ist ein starker und wichtiger Partner – sowohl für die regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen als auch für Natur- und Klimaschutz.

Wir möchten die vorwiegende Struktur kleiner und mittlerer Familienbetriebe erhalten und fördern. Dazu gehört der Erhalt unserer Lössböden, die zu den hochwertigsten unserer Region zählen, besonders fruchtbar sind und zudem erhebliche Wassermengen aufnehmen können – sie dienen als natürliche Puffer bei Starkregenereignissen.

Wir GRÜNE wollen

- uns im Kreisgebiet für weitere Waldvermehrungsprogramme einsetzen und dafür Mittel zur Verfügung stellen.
- dass der Hambacher Wald als Wildnisentwicklungsgebiet ausgewiesen wird und eine Waldvernetzung gemäß Leitentscheidung 2021 umgesetzt wird.
- dass kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe erhalten bleiben. Daher werden wir uns für deren Förderung und Entlastung einsetzen.
- uns für den Erhalt unserer hochwertigen Böden einsetzen.
- unsere Landwirtschaft bei Vorhaben rund um regionale Vermarktung, ökologischer Landwirtschaft und artgerechter Tierhaltung unterstützen.
- die rekultivierten Waldflächen der Ville bewahren und weiter schützen. Die Waldqualität soll durch klimaanangepasste Mischkulturen verbessert und Waldschäden durch Anpflanzungen behoben werden.
- den erfolgreichen Einsatz von Waldhütern gemeinsam mit dem Landesbetrieb Wald und Holz verstetigen und – wo erforderlich – ausbauen.

1.5 Abfälle vermeiden – In Kreisläufen wirtschaften

Wir setzen uns dafür ein, den Rhein-Erft-Kreis zu einer führenden Region der Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung zu machen. Anfallende Abfälle sollen weitmöglich als Ressourcen genutzt oder gesichert werden.

Dafür braucht es ambitionierte Abfallkonzepte, kluge Beratung, bessere Sammelsysteme sowie eine klare Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Ziel ist es, Abfälle möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen – und wenn doch, sie so weit wie möglich wiederverwenden, zu recyceln oder umweltfreundlich zu verwerten. Auch das Beschaffungswesen muss konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Wir GRÜNE wollen

- das Abfallwirtschaftskonzept des Kreises fortschreiben und um verbindliche Maßnahmen zur Abfallvermeidung erweitern.
- als Kreis unsere Kommunen ermuntern, eine Steuer auf Einwegverpackungen zu erheben.
- die Bioabfall-Sammlung verbessern und eine gezielte Abfallberatung etablieren.
- nachhaltige Beschaffung in allen Kreiseinrichtungen anstreben.



2. STRUKTURWANDEL ALS CHANCE FÜR EINE NACHHALTIGE, WETTBEWERBSFÄHIGE & DIGITALE ZUKUNFT

Der Rhein-Erft-Kreis ist mit seiner Wirtschaftsstruktur und seinem industriellen Kern ein bedeutender Wirtschaftsstandort in NRW und steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Der Ausstieg aus der Braunkohle 2030 und der digitale Wandel erfordern neue Antworten für Wirtschaft, Arbeit und Ausbildung.

Wir nehmen die Sorgen, Bedenken und Ängste aller Betroffenen ernst. Wir begreifen den Strukturwandel als Chance, um den Kreis ökologisch, sozial und wirtschaftlich zukunftsfähig aufzustellen.

Dazu setzen wir auf eine moderne Wirtschaftsförderung, die nachhaltige Technologien unterstützt, Fachkräfte sichert, junge Menschen einbindet und die Potenziale von Forschung, Bildung und Digitalisierung ausschöpft. Auch Flächen ehemaliger Kraftwerke und Tagebaue sollen zukunftsorientiert genutzt werden.

Wir GRÜNE wollen

- die Chancen des Strukturwandels nutzen und unseren Kreis nach vorne bringen, indem wir ihn fit machen für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und digitale Zukunft.
- die Attraktivität des Rhein-Erft-Kreises durch die Förderung weicher Standortfaktoren steigern (Familienfreundlichkeit, Digitalisierung, Kulturangebot, ÖPNV etc.).
- dass die Kreisverwaltung (Amt für Strukturwandel) gemeinsam mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Erft (WFG) eine auf nachhaltige Unternehmen fokussierte Strategie zum Standortmarketing entwickelt und dabei die anderen Kreisgesellschaften (EkoZet, REVG, HBZ) sowie möglichst die Kommunen einbindet.
- junge Menschen in die strukturwandelbedingten Reformprozesse einbeziehen. Dazu unterstützen wir u.a. das Projekt JugendMITwirkung.

- Arbeitnehmende in der Energiewirtschaft und ihre Expertise in den Strukturwandelprozess einbeziehen.
- die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) als zentralen Knotenpunkt zur Steuerung und Koordinierung des Strukturwandels reformieren.
- dass die für die Steuerung des Strukturwandels zentrale Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) einen Bürgerrat schafft.
- den Ausbau regenerativer Energien als regionalen Wirtschaftsfaktor nutzen, um den Rhein-Erft-Kreis zukunftsfähig zu machen und mit dem Ende der Braunkohle neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- dass sich die öffentliche technische Hochschule mit Forschung, Wirtschaft und den künftigen Rechenzentren vernetzt, um praxisnahe Studiengänge für die digitale Zukunft zu entwickeln.
- dass dem allgemeinen Fachkräftemangel durch Nutzung der EkoZet-Förderprojekte und der überbetrieblichen Ausbildungszentren begegnet wird.
- den Ausbau der Zusammenarbeit der Unternehmen mit den Berufskollegs und Hochschulen verbessern.
- dass die energiepolitischen Grundlagen der Rahmenbetriebspläne Garzweiler und Hambach dahingehend umgesetzt werden, dass während der Befüllung eine Zwischennutzung durch schnellwachsende Energiepflanzen und durch weitere Solaranlagen ermöglicht wird.
- dass Betriebsgelände stillgelegter Kraftwerke schnellstmöglich neu genutzt werden, um unnötigen Flächenverbrauch zu vermeiden.
- dass im Rhein-Erft-Kreis – auch unter Berücksichtigung der künftig steigenden Stromnachfrage – ganzjährig ausreichend nachhaltige Stromspeicheranlagen auf der Basis aller verfügbaren Ansätze aufgebaut werden.
- eine gerechte Verteilung der Strukturfördermittel entsprechend der tatsächlichen Betroffenheit durch Stilllegungen erreichen.



3. WIRTSCHAFT & ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN

Wir verfolgen eine lokale Wirtschaftspolitik, die sich an Nachhaltigkeitskriterien orientiert. Um den Unternehmen und damit auch den Menschen im Kreis gute Zukunftsaussichten zu bieten, muss der Ausstieg aus einer fossil basierten Wirtschaft zügig weiter vorangetrieben und Nachhaltigkeit gefördert werden. Zudem wollen wir den Rhein-Erft-Kreis in einer digitalen Zukunft zu einem Vorreiter entwickeln.

3.1 Lokale Wirtschaftspolitik – Die Arbeit der Zukunft vor Ort

Wir sehen uns als Partner der Wirtschaftstreibenden vor Ort. Regionale Wirtschaftsstrukturen bei der Erzeugung und beim Vertrieb vor Ort wollen wir unterstützen.

Wir GRÜNE wollen

- dass regionale Erzeugung und Vermarktung als wichtige Elemente einer nachhaltigen Wirtschaft etabliert werden.
- dass Start-ups, Mittelstand und Handwerk besonders gefördert werden – so kann wirtschaftliche Vielfalt insbesondere dazu beitragen, industrielle „Monokulturen“ abzulösen. Bei der Unterstützung solcher Betriebe soll auf die Beratung in Bezug auf nachhaltiges Wirtschaften Wert gelegt werden. Hierfür sollen die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Erft (WFG) und das Energie-Kompetenz-Zentrum Rhein-Erft-Kreis (EkoZet) zusammenarbeiten.
- dass im Kreis gemeinnützige Betriebe und kooperative Geschäftsmodelle gefördert werden.
- dass Naherholung und sanfter Tourismus weiter ausgebaut werden. Auch der Tourismus bietet für den Rhein-Erft-Kreis eine weitere wirtschaftliche Perspektive. Das Weltkulturerbe der Brühler Schlösser und das Max-Ernst-Museum bilden einen internationalen Anziehungspunkt. Der Erft-Radweg soll qualitativ hochwertig ausgebaut werden, und der Wassererlebnispark an der Gymnicher Mühle noch attraktiver werden. Das neu errichtete Erftmuseum mit einer Ausstellung zum Hochwasser 2021 wird hier nur der Anfang sein.

3.2 Aktive Wirtschaftsförderung – Potenziale ausschöpfen

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) führt das operative Geschäft der Wirtschaftspolitik des Rhein-Erft-Kreises. Sie repräsentiert die wirtschaftlichen Potenziale des Kreises auf nationaler und internationaler Ebene und unterstützt die Vernetzung der kommunalen Wirtschaftsförderungen.

Wir GRÜNE wollen

- dass die Ansiedlungspolitik für Wirtschaftsunternehmen sich an den Zielen der Nachhaltigkeit orientiert. Dabei ist auf ein vielfältiges Job-Angebot für Menschen mit den verschiedensten Bildungsabschlüssen zu achten.
- dass weiche Standortfaktoren im Kreis und in den kreiseigenen Kommunen gestärkt werden, um Fachpersonal zu gewinnen und langfristig an den Standort zu binden.
- dass der Kreis zu einem herausragenden Standort für nachhaltige Wirtschafts- und Industrieprojekte entwickelt wird.
- dass das Handwerk, Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen im Rhein-Erft-Kreis zu einer tragenden Säule bei der notwendigen ökologischen Modernisierung werden – und sie bei ihren Bemühungen, gegen Ketten und Großunternehmen zu bestehen, unterstützt werden.
- dass Lebensmittel, die in der Region angebaut, erzeugt und verarbeitet werden, bevorzugt hier vermarktet werden.
- dass neue Akzente hinsichtlich Flächenrecycling alter Gewerbegebiete und der Nutzung mehrerer Geschosse bei Gewerbebauten gesetzt werden. Eine Beratung über eine schonende Nutzung der Flächen – sowohl für Kommunen als auch für Unternehmen – soll im Mittelpunkt stehen. Damit soll der bereits vorhandene Flächenmangel im Kreis überwunden und weiterer naturzerstörender Flächenverbrauch verhindert werden.



3.3 Digitale Wirtschaft – Den Rhein-Erft-Kreis fit für die Zukunft machen

Wir sehen die rasanten Entwicklungen im Bereich digitaler Technologien – wie etwa künstlicher Intelligenz – und den damit verbundenen umfassenden Wandel in allen Lebensbereichen.

Wir wollen den Rhein-Erft-Kreis im Digital- und Technologiesektor nach vorne bringen und eine regionale Vorreiterrolle einnehmen, um den Kreis langfristig zu einem starken Wirtschaftsstandort zu machen.

Wir GRÜNE wollen

- dass die umfangreichen Mittel für die Digitalisierung (z. B. Breitbandausbau), die bereits in der vergangenen Wahlperiode bereitgestellt wurden, weiterhin sinnvoll eingesetzt werden.
- für Tech-Unternehmen noch attraktiver werden, indem wir ihre Standortbedingungen vor Ort verbessern.
- dass der Rhein-Erft-Kreis die Kommunen bei der Ansiedlung und bei Kooperationen mit Tech-Unternehmen unterstützt.
- gemeinsam mit den Unternehmen vor Ort auf künftige Bedarfe zugeschnittene Aus-, Weiterbildungs- und Studienangebote entwickeln und anbieten, um qualifizierte Arbeitskräfte vor Ort zu haben.



4. BILDUNG & KULTUR

Bildung ist der Schlüssel zu einer guten Zukunft und einer funktionierenden Demokratie. Deshalb hat Bildung bei uns immer eine hohe Priorität. Wir wollen allen Menschen gleiche Chancen hierfür eröffnen.

4.1 Der Kreis als Schulträger – Verantwortung für künftige Generationen

Der Rhein-Erft-Kreis ist Träger von Förderschulen, die uns besonders am Herzen liegen und die wir weiter ausstatten wollen – ebenso wie die Berufskollegs, die Schulsozialarbeit, das Energie-Kompetenz-Zentrum (EkoZet) in Kerpen sowie das von uns unterstützte Hoch-Begabten-Zentrum Rheinland (HBZ) in Brühl. Das HBZ identifiziert bereits heute aktiv Hochbegabungen in Schulen aller Schulformen.

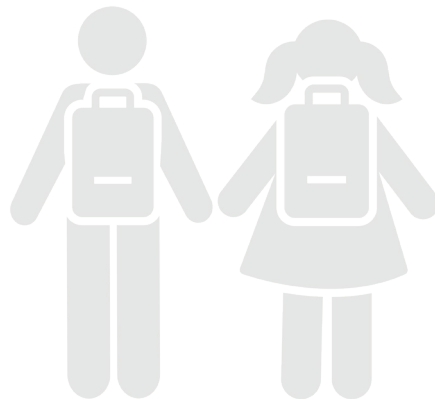
Wir stehen auch hinter der Konzeption für das Haus der Bildung, das aktuell aufgebaut wird. Über die bestehenden Angebote hinaus setzen wir uns für eine aufsuchende Beratung ein, um das vielfältige Bildungsangebot in jeden Winkel des Rhein-Erft-Kreises zu bringen.

In der vergangenen Wahlperiode wurden erhebliche Mittel investiert – in die Verbesserung des Bildungsangebotes, die Schulsozialarbeit, den Neubau des Berufskollegs Bergheim, die Modernisierung und energetische Sanierung bestehender Schulbauten sowie den Bau einer zusätzlichen Förderschule. Diese Politik wird mit uns konsequent fortgesetzt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt wird künftig auf der Vermittlung umfassender digitaler und technologischer Kompetenzen liegen. Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen frühzeitig auf die Herausforderungen einer digitalisierten Welt vorbereiten. Mit entsprechender „Brainpower“ im eigenen Kreis stärken wir nicht nur die Menschen vor Ort und ihre Zukunftsperspektiven, sondern erhöhen zugleich die Standortattraktivität für Digital- und Tech-Unternehmen. So sichern wir langfristig gute und zukunftssichere Arbeitsplätze für die kommenden Generationen.

Wir GRÜNE wollen

- dass Förderschulen so ausgestattet werden, dass sie mit gesellschaftlichen und pädagogischen Entwicklungen Schritt halten können.
- eine stärkere Berufsorientierung, die gezielt auf die veränderten Anforderungen im Strukturwandel vorbereitet.
- den Ausbau individueller Förderangebote, damit Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer Talente und Bedarfe bestmöglich unterstützt werden.
- ein breites Angebot an digitaler und technologische Bildung, das bereits frühzeitig vermittelt wird – um kommende Generationen fit für die Zukunft zu machen und die „Brainpower“ im Kreis zu stärken.
- eine intensive Begleitung beim Übergang von Schule in den Beruf, insbesondere durch:
 - den Erhalt und Ausbau bestehender Unterstützungsprogramme (z. B. „assistierte Ausbildung“),
 - die gezielte Schließung von Förderlücken mit Kreismitteln, die Schaffung neuer Stellen in der Schulsozialarbeit.
- mehr Chancen auf duale oder vergütete, praxisnahe Ausbildungen im Kreis.
- dass Mobilität kein Hindernis für Ausbildungswege darstellt – durch flexible und innovative ÖPNV-Angebote, die Jugendliche zuverlässig zu Berufsschulen und Ausbildungsplätzen bringen.



4.2 Kultur – Unsere Heimat ist Vielfalt

GRÜNE Kulturpolitik im Rhein-Erft-Kreis bedeutet

- Kultur als soziales Bindeglied und Ausdruck von Vielfalt zu begreifen – unabhängig von Alter, Herkunft, Einkommen oder Fähigkeiten.
- Kulturelle Teilhabe für alle Menschen im Kreis zu ermöglichen und kulturelle Angebote niedrigschwellig zugänglich zu machen.
- Die Vielfalt der Künste zu bewahren, zu fördern und weiter auszubauen – auch als Beitrag zu einer lebendigen Demokratie und einem solidarischen Miteinander.
- Eine aktive Erinnerungskultur zu leben und zu fördern.

Wir GRÜNE wollen konkret

- dass der Rhein-Erft-Kreis seine aktive Erinnerungskultur fortsetzt und das Projekt „Schule gegen Rassismus“ weiter ausbaut.
- dass Besuche zu Erinnerungsorten nicht an Fahrt oder Eintrittskosten scheitern.
- dass der Kulturpreis und die KunstTage Rhein-Erft als überregionale Erfolgsprojekte weiter ausgebaut werden.
- dass bestehende Ausstellungen, Konzerte und Kulturprojekte weiterhin durch das Kulturamt unterstützt werden.
- dass die freie Kunst-, Theater- und Musikszene im Kreis besonders gestärkt wird.
- dass stillgelegte Kraftwerke als industriegeschichtliche Denkmale gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) gesichert werden um zur Aufarbeitung der Braunkohlegeschichte beizutragen – inklusive der Themen Umsiedlung und Widerstand.
- einen Festival-Bus einführen, der lokalen Bands Auftritte in allen Kommunen ermöglicht, Musik mobil macht und kulturelle Teilhabe mit Demokratieförderung verbindet.

4.3 Sport – Unser Kreis bewegt sich

GRÜNE Sportpolitik im Rhein-Erft-Kreis bedeutet:

- Sport als gesellschaftlich relevante Kraft zu begreifen – insbesondere für Gesundheitsförderung, Integration und soziales Miteinander.
- Den Breitensport barrierefrei, vielfältig und inklusiv auszubauen.
- Die Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden zu stärken, um Teilhabemöglichkeiten im Sport im gesamten Kreis zu verbessern.

Wir GRÜNE wollen konkret

- den Kreissportbund weiterhin unterstützen, insbesondere mit Fokus auf die Förderung von Schwimmkursen.
- die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen verbessern – u. a. durch den Einsatz von Schwimmcontainern im Kreisgebiet.
- die Vernetzung von Sportangeboten mit gesundheitspräventiven und sozialen Aktivitäten vorantreiben – besonders im Hinblick auf den demografischen Wandel.
- unter dem Motto „Gemeinsam in Bewegung“ gemeinsam mit Vereinen und Verbänden die sportliche Teilhabe stärken – für alle Altersgruppen und Lebenslagen.



5. MOBILITÄT & VERKEHR

Wir wollen sichere, bezahlbare und klimafreundliche Mobilität für alle. Dafür setzen wir auf einen klaren Vorrang für umweltfreundliche Verkehrsmittel: zu Fuß gehen, Radfahren, E-Scooter nutzen, Bus und Bahn fahren oder Auto teilen. Diese Formen der Mobilität schützen das Klima, entlasten unsere Straßen und schaffen mehr Lebensqualität.

Mobilität und Klimaschutz finden nicht isoliert im Rhein-Erft-Kreis statt. Es bedarf dabei der konstruktiven Kooperation aller Ebenen. Der Rhein-Erft-Kreis setzt sich auch weiterhin gegenüber seinen Partnerinnen und Partnern in Köln und der Region für die Umsetzung gemeinsamer Projekte ein.

Um unsere Klimaziele zu erreichen, muss sich der Mobilitätsmix ändern. Neue Straßen führen zu mehr PKW- und Schwerlastverkehr, nicht zu weniger. Stattdessen investieren wir in bessere Rad- und Fußwege, in ein leistungsfähiges Bus- und Bahnangebot und in gute Bedingungen für Carsharing und E-Mobilität.

Auch im Rhein-Erft-Kreis pendeln viele Menschen regelmäßig in die umliegenden Städte. Für die Erledigung dieser Wege wollen wir der Verkehrswende weiter Nachdruck verleihen. Wir wollen Alternativen zum PKW schaffen, die schneller, günstiger und klimafreundlicher sind, um Mobilität und Klimaschutz zum Motor für die sozialökologische Transformation zu machen.

Wir GRÜNE wollen konkret

- dass der schnelle und prioritäre Ausbau eines klimafreundlichen, nachhaltigen Mobilitätsnetzes im Mittelpunkt steht. Dieses gewährleistet eine gute kreisweite, regionale und überregionale Erreichbarkeit mit der Bahn, dem Bus und Fahrrad. Erforderlich ist ein gut nachvollziehbares, digital gestütztes, einfaches und günstiges Fahrpreissystem, wie das Deutschlandticket und das „eezy.nrw Ticket“.
- dass im Kreis ein regionales Mobilitätsmanagement etabliert wird. Hierzu zählt der Ausbau und eine Intensivierung eines kreisweiten betrieblichen Mobilitätsmanagements, bei dem der Kreis und die REVG mit den ansässigen Unternehmen Konzepte für eine umweltge-

rechte Mobilität und Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV erarbeitet. Auf neu in den Kreis Zugezogene, die sich gerade an ihrem neuen Wohnort orientieren, soll aktiv mit einem Neubürger*innen-Marketing mit Infos über den ÖPNV im Kreis zugegangen werden.

- dass Senioren- und Behindertenverbände sowie -beiräte weiterhin an der Verkehrspolitik beteiligt werden. Das Leitbild bleibt der seniorengerechte und barrierefreie Kreis.
- dass die Kinderunfallkommissionen in den Kommunen und die Verkehrsunfallkommission im Kreis dem Unfallgeschehen konsequent und zeitnah nachgehen.
- dass in Kindertagesstätten und Grundschulen ein bedarfsgerechtes Mobilitätstraining durchgeführt wird.
- dass in Nachbarschaften, größeren Wohnquartieren und darüber hinaus „On-Demand-Angebote“ der REVG wie das „mobie“, das Radverleihsystem „mobic“ sowie Car-Sharing-Angebote weiter etabliert werden.
- dass unter anderem für Kinder und Jugendliche ohne eigenes Konto eine zusätzliche Bezahlmöglichkeit sowie die Einführung eines Kinder- und Jugendtarifes – im Fall des Besitzes eines Deutschlandtickets – für das REVG „mobie“ eingeführt wird.



5.1 Verkehrsraum – Mehr Raum für Menschen

Innerorts muss dem Zufußgehen und Radfahren deutlich mehr Raum zur Verfügung gestellt werden: breite Fußwege, breite Radschutzstreifen an den Durchgangs- und Erschließungsstraßen, mehr Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigte Siedlungsbereiche sind die Zielmarken einer menschen- und umweltgerechten Mobilität. Die Fußwege müssen barrierefrei und sicher sein und ein umfassendes, zusammenhängendes Fußwegenetz bilden.

Wir GRÜNE wollen konkret

- dass alle Menschen im Rhein-Erft-Kreis – unabhängig von ihrem Verkehrsmittel – sicher mobil sein können.
- dass die Radwege durchgängig verständlich markiert und einsehbar werden – nicht als Flickwerk und nicht im Zick-Zack-Kurs über Nebenstraßen.
- dass die Lärmemissionen im Kreis reduziert werden. Dafür soll innerorts und außerorts regelmäßig gemessen werden, um bei Bedarf Maßnahmen zur Einhaltung der Lärmobergrenzen ergreifen zu können. Die Neuregelung in der Straßenverkehrsordnung zur Einrichtung von Tempo-30-Zonen schafft dazu neue Möglichkeiten.

5.2 Radfahren – Gesund, flexibel und schnell ans Ziel

Damit die Vorteile des Radfahrens noch stärker zum Tragen kommen, müssen Gefahrenpunkte beseitigt und sichere Abstellmöglichkeiten geschaffen werden. Auch außerhalb der Städte wird das Fahrrad – nicht zuletzt durch den Trend zum E-Bike – immer attraktiver.

Erforderlich ist ein durchgehendes und gut beschildertes Radwegenetz. Mit der Umsetzung des aus den Niederlanden bekannten Knotenpunktsystems ist dies im Rhein-Erft-Kreis für das eher touristische Radwegenetz realisiert. Die Qualität der Radwege ist aber insbesondere für den Alltagsverkehr nach wie vor unzureichend.

Radvorrangrouten sollen zügig ausgewiesen und konsequent gepflegt werden, um im Berufsverkehr eine wirkliche Alternative zum Auto zu schaffen. Die Ausweisung von Schutzstreifen auch außerorts sowie die radfahrfreundliche und sichere Gestaltung von Kreuzungen und Querungsstellen sind Leitlinien unserer Radverkehrspolitik.

Wir GRÜNE wollen

- Radvorrangrouten auf folgenden Strecken jeweils ab Köln:
über Wesseling nach Bonn,
über Rondorf und Meschenich nach Brühl und Bonn,
über Hürth, Brühl und Bornheim nach Bonn,
über Hürth, Liblar und Lechenich nach Euskirchen,
über Widdersdorf, Pulheim und Stommeln nach Rommerskirchen, sowie die schnellstmögliche Realisierung des Radschnellweges von Köln über Frechen nach Kerpen.
- dass neben diesen Radvorrangrouten auch der Erftadweg als Radvorrangroute ausgewiesen und so umgebaut wird, dass er als zentrale Nord-Süd-Verbindung dient.
- dass die begonnene Übernahme des Erftadweges durch den Kreis konsequent weiter verfolgt und sichtbare Erfolge bei der Verbesserung der Qualität für die Radfahrer*innen erreicht werden. Der Erftadweg insgesamt und Erfolge beim Ausbau sollen öffentlichkeitswirksam beworben werden.
- dass auf Kreisstraßen mit zwei oder mehr Fahrstreifen pro Richtung ein geschützter Radweg eingerichtet wird – möglichst mit physischer Trennung von Fußweg und Fahrbahn.
- dass an den Schnittpunkten zum ÖPNV und an wichtigen Zielen des Alltagsverkehrs, insbesondere in den Innenstädten, Mobilstationen errichtet werden, die auch das sichere Abstellen von Fahrrädern ermöglichen.
- dass auf regionaler Ebene die Planung und Abstimmung mit den kommunalen Planungsbehörden vorangetrieben und die Finanzierung für die Beseitigung von Streckenhindernissen gesichert wird.



5.3 Bus und Bahn – Alle sollen überall ankommen können

Der öffentliche Personenverkehr muss barrierefrei, gut verfügbar und für alle bezahlbar sein. Stadt- oder Ortsbussysteme sollen die Stadtteile für alle erschließen. Die Verbindung zwischen den Städten muss durch Regionalbusse, Schnellbusse, Stadtbahnen und Züge sichergestellt werden. Gut ausgebaute Mobilstationen bieten eine optimale Verknüpfung dieser Verkehrsmittel – auch mit nachhaltigen individuellen Verkehrsmitteln (Rad, Fuß) sowie dem PKW.

Es werden Machbarkeitsstudien für die Verlängerung der Linie 4 von Widdersdorf nach Bergheim-Niederaußem und der Linie 7 von Frechen weiter Richtung Kerpen erarbeitet. Es wäre für Kreis und Kommunen sinnvoll, dass die Zuständigkeit (Aufgabenträgerschaft) für den Bus und die Stadtbahn – dort, wo sie bislang noch bei verschiedenen Städten liegt – künftig beim Kreis gebündelt würde.

Im Schienen-Personen-Nahverkehr (SPNV) gibt es bereits seit vielen Jahren die S-Bahn von Köln nach Horrem und Düren. Künftig sieht der Zweckverband go.rheinland erfreulicherweise weitere S-Bahn-Verbindungen vor:

- von Köln nach Bedburg über Horrem und Bergheim,
- von Köln nach Kall über Hürth-Kalscheuren, Kierberg und Erftstadt,
- sowie nach Bonn über Brühl.

Ferner ist mit der Revierbahn von Düsseldorf über Grevenbroich und Bedburg nach Jülich und Aachen eine weitere S-Bahn in Planung.

Mit dem Ende der Braunkohlenutzung besteht die Chance, die Nord-Süd-Kohle-Bahn, die Hambachbahn und die Bahn zwischen Rommerskirchen und Bergheim in das Netz des Güterverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs zu integrieren. Wir sind zuversichtlich, dass hier bald konkrete Planungen des Landes vorgelegt werden. Sinnvoll erscheint dabei, eine kurze Schienenverbindung von der Nord-Süd-Bahn zur Eifelstrecke neu zu bauen.

Eine weitere Raumanalyse und Machbarkeitsstudie beschäftigt sich mit einer Bahnverbindung im Korridor Bedburg über Kerpen-Horrem nach Erftstadt. Es sollte auch die Anbindung von Kerpen-Mitte und -Mödrath geprüft werden. Elsdorf soll wieder an den Schienenverkehr angebunden werden. Mit den geplanten Maßnahmen kann ein zweiter, leistungsfähiger ÖPNV-Ring um Köln durch den ganzen Rhein-Erft-Kreis geschaffen werden, der die Kommunen untereinander verbindet und gleichzeitig den Knotenpunkt Köln Hbf. entlastet.

Wir GRÜNE wollen

- dass der Ausbau der Schieneninfrastruktur im Rahmen des Strukturwandels in ausreichendem Maß gefördert wird.
- dass das Mobilitätsmanagement den Umstieg vom Auto auf Bahn, Bus und Rad fördert.
- Wir möchten, dass das Deutschlandticket künftig den günstigen und berechenbaren Rahmen für die bisherigen Angebote Jobticket, Azubi-Ticket, Schülerticket, Semesterticket und Seniorenticket bildet.
- dass die Kreisverwaltung künftig ein konsequentes und klimaschonendes betriebliches Mobilitätsmanagement betreibt. Beispielsweise sollen Dienstgänge auch mit Pedelec oder übertragbarem VRS-Ticket möglich sein.
- Auch setzen wir uns für die Einführung des Jobtickets für die Bediensteten des Kreises ein.
- dass die Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft (REVG) nach ihrem außergewöhnlich guten Betriebsstart auch die Öffentlichkeitsarbeit für den ÖPNV weiter intensiviert und sich mit weiteren Fahrgastzentren noch kunden näher aufstellt.
- Attraktive Buslinien müssen noch gezielter beworben werden. Ziel ist die Gewinnung neuer Fahrgäste für Bus & Bahn.
- dass der Zugang zum ÖPNV überall barrierefrei möglich wird und digitale Echtzeitinformationen zur Verfügung stehen.
- dass die Mobilität des Kreises klimaneutral wird. Modellprojekte dazu sollen geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden.



- dass ein regionales Güterverkehrskonzept vorangetrieben wird, welches auch die vorhandene Betriebsbahn-Infrastruktur mit einbezieht und in das überregionale Netz optimal integriert ist.
- dass wir langfristig auf Busse mit batterieelektrischem Antrieb setzen.
- Solange die Reichweiten für die Betriebsumläufe nicht ausreichen, wird auch auf die Wasserstoff-Brennstoffzelle gesetzt.
- Grüner Wasserstoff soll dabei in der Nähe des Betriebs hofs in Kerpen hergestellt werden.

5.4 Straßen - Substanz erhalten, Neubau bremsen

Für uns haben der Erhalt und die Sicherung der vorhandenen Infrastruktur Priorität. Deshalb tragen wir nur in wenigen Einzelfällen die Überlegungen für den Neubau ganzer Straßen mit.

Insbesondere im Nordkreis bietet sich nach dem Ausstieg aus der Braunkohle die Umnutzung bestehender Trassen an. Hierzu sind integrierte Verkehrskonzepte und die Bereitschaft erforderlich, Dinge neu zu denken. Mit geeigneten Maßnahmen muss gegen den Mautvermeidungsverkehr vorgegangen werden.

Wir GRÜNE wollen

- dass der geplante Rheintunnel in Wesseling nicht realisiert wird – insbesondere aufgrund der betroffenen Schutzgebiete, der zu erwartenden Lärmbelastung für die Bevölkerung, sowie der damit einhergehenden innerstädtischen Verkehrszunahme.
- dass an geeigneten Punkten Mitfahr- und Park&Ride-Plätze eingerichtet oder ausgebaut werden.

6. SOLIDARITÄT, SOZIALES & INTEGRATION

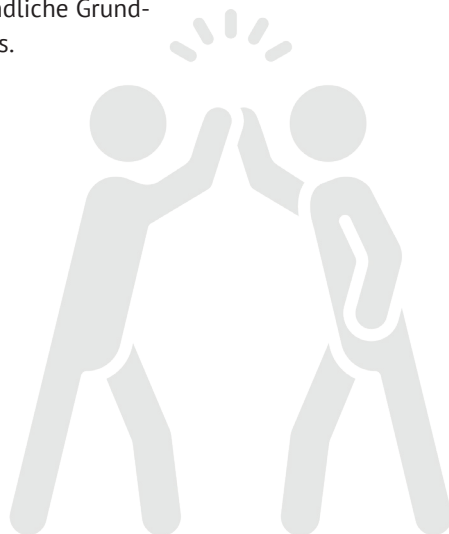
Für uns ist eine vielfältige, bunte und inklusive Gesellschaft selbstverständlich. Niemand darf ausgeschlossen werden, und alle sollen partizipieren können.

Unsere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik steht für Gerechtigkeit, Integration, Solidarität und Selbstbestimmung – mit besonderem Fokus auf die Auswirkungen des demografischen Wandels.

Auch im Kontext zunehmender Digitalisierung wollen wir niemanden zurücklassen. Gesellschaftliche Teilhabe, Informationsbeschaffung und Meinungsbildung finden zunehmend im digitalen Raum statt und sind nicht zuletzt für demokratische Prozesse relevant.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Zugang zu digitalen Angeboten für alle Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Bildung.
- Umfangreiche Aus- und Fortbildungsangebote, die digitale Kompetenzen stärken und Teilhabe ermöglichen.
- Soziale Gerechtigkeit, die niemanden zurücklässt – weder auf dem Arbeitsmarkt noch im alltäglichen Leben.
- Integration und Inklusion als selbstverständliche Grundpfeiler gesellschaftlichen Zusammenlebens.



6.1 Soziale Teilhabe – Gerecht und sozial: unser Plan für den Kreis

Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein zentraler Schlüssel zu starkem gesellschaftlichem Zusammenhalt und schafft Vertrauen in demokratische Strukturen. Deshalb sehen wir uns in der Pflicht, uns bestehenden Ungleichheiten entgegenzustellen. Die Wohlfahrts- und Sozialverbände des Rhein-Erft-Kreises leisten gute und qualitativ hochwertige Arbeit. Der Kreis ist ein verlässlicher Partner dieser Verbände, um vertragliche, rechtliche und finanzielle Planungssicherheit zu gewährleisten.

Wir wollen die Qualität dieser Arbeit

- auf hohem Niveau erhalten,
- gezielt steigern und
- an neue gesellschaftliche Entwicklungen anpassen.

Wir GRÜNE wollen

- dass die Planungssicherheit für die Wohlfahrts- und Sozialverbände weiterhin durch mehrjährige Vereinbarungen gesichert wird.
- dass alle Förderprogramme des Kreises langfristig ausgerichtet sind.
- dass die Zusammenarbeit zwischen Jobcenter, Wirtschaftsförderung Rhein-Erft, dem Kreis und den Kommunen im Sinne der arbeitssuchenden Menschen besser vernetzt wird.
- dass lokale Netzwerke, Nachbarschaften und bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden, um soziale Teilhabe für alle sicherzustellen – sowie allen Menschen im Rhein-Erft-Kreis eine individuelle und gezielte berufliche Förderung und Weiterbildung zu ermöglichen.
- dass den Menschen durch zielgruppengerechte Angebote umfassende digitale Kompetenzen vermittelt werden – vom Kindes- bis ins Seniorenalter.
- dass mit Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsangeboten, insbesondere im Digital- und Technologiesektor, gute berufliche Perspektiven für die Zukunft eröffnet werden.
- dass die Schulden- und Schuldnerberatung durch den Kreis weiter unterstützt wird.

- dass soziale Dienstleistungen und Beratungsangebote – wie z. B. Pflegeberatung – wohnortnah und in Kooperation mit den Kommunen gestaltet werden.
- dass die Finanzierung des Frauenhauses gesichert wird. Wir setzen uns für ein ausreichend großes und den qualitativen Anforderungen entsprechendes Frauenhaus ein.
- eine gezielte Förderung der Gewaltprävention, insbesondere zum Schutz von Kindern und Frauen.
- eine zielgerichtete Energieberatung von Menschen in Armut.
- eine niedrigschwellige und barrierefreie Beratung zur Vermeidung von Energiearmut.
- dass der Wohnraumversorgung Priorität eingeräumt wird. Um dies zu erreichen, müssen Städte dabei unterstützt werden, wieder selbst Wohnraum bereitzustellen – z. B. durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften.
- dass Sozialwohnungen dauerhaft erhalten bleiben. Nach Ende der Bindungsfrist stehen sie sonst nicht mehr Bedürftigen zur Verfügung.
- dass in allen Neubaugebieten ein festgelegter Prozentsatz bezahlbaren Geschosswohnungsbaus vorgesehen wird.
- dass kommunale Wohnprojekte wie Tiny Houses oder Housing First in der kommunalen Vernetzung realisiert und gefördert werden.
- dass es gerechte und realistische Mietobergrenzen für Menschen gibt, die Bürgergeld oder Sozialhilfe beziehen.
- Der grundsicherungsrelevante Mietspiegel muss angehoben werden.
- Zusätzlich braucht es Härtefallregelungen, z. B. für Alleinerziehende oder kinderreiche Familien.
- Gleichzeitig muss verhindert werden, dass mangelhafte Mietobjekte überteuert vermietet werden.
- dass ehrenamtliche Arbeit deutlich mehr wertgeschätzt, sichtbar gemacht und gefördert wird – insbesondere durch eine entsprechende Ehrenamtsinfrastruktur.

6.2 Jugend und Familie – gute Bedingungen und bester Start für die neue Generation

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Wir wollen ihnen die Beteiligung an der Kreispolitik ermöglichen. Familien leisten in unserer Gesellschaft viel und müssen daher gestützt werden, sodass Eltern oder Alleinerziehende weiterhin die Möglichkeit erhalten, selbstbestimmt zu entscheiden. Wir befürworten deshalb die Einführung ganztägiger Kinderbetreuungsangebote.

Besonders von Armut betroffen sind Kinder Alleinerziehender oder aus kinderreichen Familien. Für diese Betroffenen können beratende Angebote durch den Kreis eine hilfreiche Unterstützung sein. Zwar hat der Kreis keine eigenen Zuständigkeiten in der Jugendhilfe und Betreuung, kann aber beratende Angebote schaffen und gemeinsam mit den Kommunen etablieren.

Wir unterstützen daher die Kommunen beim Ausbau von Förderprogrammen für Alleinerziehende, Familien oder Jugendliche in besonderen Lebenslagen – sofern diese Unterstützung von den Kommunen auch gewünscht wird.

Wir GRÜNE wollen

- Familien unterstützen und das beratende Angebot für die Ambulante Familienhilfe ausbauen sowie durch Öffentlichkeitsarbeit bekannter machen.
- die Aktion „Kinder im Kreishaus – Demokratie hautnah“ weiterhin unterstützen und verstetigen.
- dass die Betreuungsprogramme zur Förderung der Sprachkompetenz erweitert und Elternangebote etabliert werden. Kindern mit Migrationshintergrund soll individuelle Sprachförderung angeboten werden.
- dass das Angebot individueller Förderung von Kindern entsprechend ihrer jeweiligen Bedarfe und Talente ausgebaut wird.
- dass bei allen baulichen und verkehrlichen Vorhaben eine konsequente Prüfung auf Kinderfreundlichkeit durchgesetzt wird.
- dass Mitarbeitende im Jobcenter für die besondere Situation vulnerabler Gruppen sensibilisiert und entsprechend geschult werden.

- dass der Schutz und die Unterkunft für verfolgte Menschen und Familien sichergestellt wird.
- dass die Schulsozialarbeit in kreiseigenen Schulen weiterhin gewährleistet und an neue Anforderungen angepasst wird.
- Kinder und Jugendliche schon früh für die Herausforderungen einer digitalisierten Welt fit machen und ihnen die hierfür notwendigen Kompetenzen vermitteln – etwa durch entsprechende Angebote in Kitas, Schulen und im Rahmen der Sozialarbeit.

6.3 Altersgerechtes Leben – Gesellschaftliche Teilhabe aktiv ermöglichen

Für uns ist wichtig, Menschen ihr selbstbestimmtes Leben so lange wie möglich zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer rechtzeitigen und umfassenden Beratung, ebenso wie der Schaffung oder Erhaltung einer für ältere Menschen erreichbaren Infrastruktur.

Beratungseinrichtungen und Anlaufstellen müssen personell ausreichend ausgestattet werden. Es gilt, mit den Betroffenen angemessene Wohnformen zu sichern. Alle Menschen sollen selbstbestimmt in ihrem gewählten Umfeld leben können. Dies muss durch kurze Wege und eine gute pflegerische Versorgung ermöglicht werden.

Ein wesentlicher Beitrag hierzu sollte in der Stärkung des selbstständigen Wohnens mit niederschweligen Betreuungsangeboten und einer Versorgungssicherheit bestehen, die im Verhältnis zur Unterbringung von älteren und pflegebedürftigen Menschen in Wohn- und Pflegeheimen erhebliche Vorteile bei der Wohn- und Lebensqualität bietet. Hier sind denkbar:

- Seniorenwohnungen
- Mehr-Generationen-Häuser
- Hausgemeinschaften
- mehr Tagespflegeplätze
- Wohngemeinschaften
- kleinere Heime in der Nachbarschaft

Wir wollen die aktuellen Prozesse zur Behebung des Pflegekräftemangels weiter ausbauen. Dabei wollen wir auf vorhandene Ressourcen zurückgreifen und unter anderem Menschen mit Migrationshintergrund in der Ausbildung unterstützend begleiten.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Netzwerkstrukturen weiterentwickelt werden, um mit den Akteuren im Pflegebereich passgenaue Projekte zu initiieren. Dazu gehört auch die Kooperation mit den Schulen, um den Pflegebereich zu bewerben.

Wir GRÜNE wollen

- dass neue Wohnformen für „Jung und Alt“ gefördert und die Quartiere entsprechend entwickelt werden, der Sozialraum mit Leben gefüllt und Infrastrukturdefizite kompensiert werden.
- dass in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Seniorenbeiräten eine niedrighschwellige Informationsoffensive zugunsten älterer Menschen gestartet wird, um sie über die ihnen rechtlich und finanziell zustehenden Leistungen in Kenntnis zu setzen und ihnen so mögliche Ängste zu nehmen.
- dass Angebote zur Qualifizierung und Entlastung pflegender Angehöriger ausgebaut werden, z. B. Seminare für pflegende Angehörige zur Erleichterung ihrer Arbeit.
- dass Konzepte für zielgerichtete Hilfen für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte erarbeitet werden und es insbesondere interkulturelle Altenpflege gibt.
- dass die digitale Teilhabe mit Unterstützung sichergestellt wird, um eine gesellschaftliche Ausgrenzung zu vermeiden.



6.4 Menschen mit Beeinträchtigung unterstützen

Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Dieses fordert unsere gesellschaftliche Solidarität. Wir wollen uns für Möglichkeiten einsetzen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen selbstbestimmt und gleichberechtigt lernen, wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen können. Dazu bedarf es vielfältiger Maßnahmen, mit denen immer noch bestehende Barrieren abgebaut werden, die die kulturelle und soziale Teilhabe erschweren. Dazu gehören auch die Barrieren in den Köpfen, die noch immer ein Hindernis darstellen.

Wir GRÜNE wollen

- dass die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigung bei allen Entscheidungen des Kreises berücksichtigt werden und eine barrierefreie Infrastruktur – auch digital – hergestellt wird.
- dass in den nächsten Jahren weiter die Barrierefreiheit aller Einrichtungen des Kreises verbessert wird.
- dass die Berufsschulen des Kreises mit den nötigen Mitteln für Inklusion ausgestattet werden.
- dass in der kommunalen Regelschule inklusive Angebote für Kinder mit Förderbedarf angeboten und ausgebaut werden. Daneben bleiben die Förderschulen als von vielen Eltern gewünschte Schulform erhalten.
- dass Menschen mit Beeinträchtigungen auch in der Kreisverwaltung über das gesetzlich vorgegebene Maß hinaus beschäftigt oder für eine Beschäftigung vorbereitet werden und in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband die Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt unterstützt wird.
- dass mögliche Aus-, Fortbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen im Digital- und Technologiesektor identifiziert und entsprechend umgesetzt werden.
- dass auf der Homepage des Rhein-Erft-Kreises eine Version in leichter Sprache eingeführt wird, um allen Menschen den Zugang zu wichtigen Informationen zu ermöglichen.

- dass jede Form der Ausgrenzung von Menschen mit Beeinträchtigung – ob baulicher, sozialer oder organisatorischer Art – verhindert wird.
- dass bei allen politischen Entscheidungen die Interessen der Menschen mit einer Beeinträchtigung mitgedacht werden.
- dass die außerschulischen Bildungsangebote, insbesondere für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung, erweitert werden.
- dass auf die besonderen Herausforderungen für geflüchtete Menschen mit Behinderungen geachtet wird.

6.5 Integration – Für eine vielfältige Gesellschaft

Für uns steht der Mensch immer an erster Stelle – und nicht die Herkunft. Schon lange bilden Menschen mit Migrationsgeschichte eine unverzichtbare Säule unserer Gesellschaft. Ihr Beitrag bietet Chancen für alle.

Wir wollen eine Kultur des Miteinanders im Rhein-Erft-Kreis sichern und weiterentwickeln. Das setzt die Bereitschaft aller zum Mitwirken voraus. Wir haben das Ziel einer offenen und pluralistischen Gesellschaft.

Wir GRÜNE wollen

- dass die Arbeit verschiedener Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts stärker gewürdigt und unterstützt wird.
- dass der Informationsfluss der Ehrenamtlichen in die und aus der Verwaltung verbessert wird.
- dass die Förderung der Sprachkompetenz flächendeckend angeboten wird, bspw. mit den Projekten „Fit mit Deutsch“ und „Fit in Deutsch“, die sich insbesondere an Mütter mit Kindern wenden. Sprache ist der Schlüssel für eine gelungene Integration.
- dass durch Arbeit oder Arbeitsmarktbefähigung, Beratung und Förderung der Ausbildung und bei der Anerkennung bereits erworbener Arbeits- und Bildungsqualifikationen Integration unterstützt und intensiviert wird.
- Integration unterstützt und intensiviert wird.
- dass für alle Menschen ein chancengleicher Zugang zur Beschäftigung ermöglicht wird und Mehrsprachigkeit als besondere Qualifikation anerkannt wird.
- dass der Rhein-Erft-Kreis Integration als selbstverständliche Querschnittsaufgabe versteht.

6.6 Gleichstellung – Parität muss Normalität sein

Alle Menschen im Rhein-Erft-Kreis müssen mit denselben Chancen aufwachsen und diskriminierungsfrei leben können. Das bedeutet für uns, dass sie alle die gleichen Rechte haben, die gleiche Repräsentanz erfahren und ihnen grundsätzlich die gleichen Ressourcen zur Verfügung stehen sollten. Denn durch eine gleichberechtigte Beteiligung aller Menschen am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben werden Gesellschaften friedlicher, stabiler und wirtschaftlich erfolgreicher.

Frauen und Mädchen werden jedoch noch immer in vielen Bereichen des Lebens – wie Beruf und Familie – strukturell benachteiligt. Die hierfür ursächlichen Vorstellungen einer „traditionellen“ Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern in unserer Gesellschaft verändern sich nur langsam. Wir setzen uns daher für eine geschlechtergerechte und inklusive Politik auch auf kommunaler Ebene ein. Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter aktiv fördern, Diskriminierung abbauen, Chancengleichheit schaffen und Frauen in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen stärken.

Wir GRÜNE wollen

- dass die Perspektiven von Frauen bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, z. B. durch Frauenbeiräte.
- dass der Kreis das Bewusstsein für Frauenrechte sowie die allgemeine Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft durch Aufklärung aktiv fördert.
- dass Politik und Verwaltung die frauenpolitische Perspektive in allen Prozessen berücksichtigt.
- dass Frauen in der Kreisverwaltung weiterhin gezielt gefördert werden und die Personalpolitik geschlechtergerecht gestaltet wird.
- dass Frauen eine selbstbestimmte Berufs- und Karriereplanung ermöglicht wird, u. a. durch den Ausbau umfassender Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
- dass der Kreis mit Organisationen zusammenarbeitet, die sich für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen.
- dass der Kreis und die Kommunen Beratungsstellen für Mädchen und Frauen finanziell ausreichend unterstützen.



6.7 Arbeitsmarkt – menschlich und gerecht gestalten

Wir erleben einen fundamentalen Wandel der Arbeit und dies nicht nur durch den Strukturwandel. Arbeit wird digitaler, mobiler und vernetzter. Die Entwicklung der künstlichen Intelligenz wird weitere Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt bewirken. Diese Entwicklungen wollen wir für alle fair gestalten.

Alle brauchen eine berufliche Perspektive und sollen unter bestmöglichen Bedingungen arbeiten können. Vor dem Hintergrund des Fachkräfte und Arbeitskräftemangels sollen die Fähigkeiten aller hier lebenden Menschen für den Arbeitsmarkt in Wert gesetzt werden und diesen bereichern.

Wir GRÜNE wollen

- dass Fort- und Weiterbildung in zukunftsfähigen Berufen für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft möglich wird.
- dass die Mitarbeitenden in den Jobcentern für die besondere Situation von diskriminierungs- und gewaltbetroffenen Menschen (z. B. Menschen mit Gewalterfahrung, queere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Beeinträchtigungen) sensibilisiert und geschult werden.
- dass vom Kreis und den kreiseigenen Gesellschaften mehr Teilzeit-Ausbildungen angeboten werden, da es aufgrund der häufig fehlenden bzw. nicht ausreichenden Kinderbetreuung vielen Arbeitssuchenden oft nicht möglich ist, an Ganztagsweiterbildungen teilzunehmen.
- dass das Angebot der Berufsausbildung weiter an die technologischen Entwicklungen angepasst wird. Nur so können wir dem Fachkräftemangel begegnen und aus unserem Kreis heraus Fachpersonal für Digital- und Technologieunternehmen als Unternehmen der Zukunft vorhalten.
- dass zuständige Stellen in unserem Kreis in ähnlicher Weise wie die Kreishandwerkerschaft die Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern. Auch im Pflegebereich sollten Aktivitäten entwickelt werden, die die Ausbildung für alle Jugendlichen attraktiv machen.

6.8 Für unsere Demokratie und offene Gesellschaft

Nicht nur im Rhein-Erft-Kreis existiert ein Problem mit Rechtsextremismus. Die Aktivitäten von Neonazigruppierungen und die Wahlerfolge verfassungsfeindlicher Parteien bereiten uns Sorgen.

Wir setzen uns weiterhin für finanzielle Unterstützung von Initiativen, Organisationen und Stellen gegen Extremismus ein. Wir werden auch weiterhin im Kreistag keinerlei Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlicher Parteien eingehen. Wir stellen uns aktiv gegen jede Form von struktureller und gesellschaftlicher Diskriminierung. Wir stehen weiter ein für ein friedliches Zusammenleben und gegen jegliche Form der Menschenfeindlichkeit.

Wir GRÜNE wollen

- dass Extremismus durch Aufklärungsprogramme und eine Stärkung der sozialen Sicherheit bekämpft wird.
- dass im Rhein-Erft-Kreis die Erinnerungspolitik aufrecht-erhalten wird, die aufzeigt, wie auch hier in der Zeit der NS-Herrschaft schlimmste Verbrechen begangen wurden.
- dass Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und Vereine, die sich konstruktiv für die Demokratie einsetzen, unterstützt werden.
- dass der Rhein-Erft-Kreis an seinen kreiseigenen Schulen die Demokratieförderung in allen Jahrgängen sicherstellt und die Sozialarbeit entsprechend weiterentwickelt.



6.9 Verbraucher- und Gesundheitsschutz – Der Mensch im Mittelpunkt

Eine gute Versorgung im Bereich des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes muss sichergestellt werden. Die Dienste für Kinder- und Jugendgesundheit, der zahnärztliche Dienst und die psychologischen Dienste und Institute sind mindestens in der bestehenden Qualität zu erhalten und müssen auf neue Problemstellungen reagieren können.

Die medizinische Versorgung ist umfassend barrierefrei zu gestalten; u.a. sollte ein erleichterter und lückenloser Zugang zu adäquater Sprachvermittlung für die Verständigung und eine gute medizinische Behandlung Zugewanderter geschaffen werden. Der Kreis ist in der Pflicht, angemessene Vorsorge vor Pandemien und Seuchen zu treffen. Alle Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung (z.B. Bonus-Punkte-Systeme) sind zu nutzen.

Von Altenheimen bis zur ambulanten Pflege – Menschen sollen selbst entscheiden können, wie sie versorgt werden. Zu qualitativ guter Pflege gehört für uns auch motiviertes und gut ausgebildetes Pflegepersonal. Gerade in unserer alternden Gesellschaft ist dieser Beruf von unschätzbbarer Bedeutung und muss auch so behandelt werden.

Wir GRÜNE wollen

- dass konsequent Präventionsprogramme von Bund, Land und Krankenkassen genutzt werden.
- dass die flächendeckende Versorgung mit medizinischen Versorgungszentren und Facharztpraxen überall im Kreis gewährleistet wird.
- durch Erhöhung der Attraktivität der Gesundheits- und Pflegeberufe eine verstärkte Mitarbeitenden-Bindung und -Werbung erreichen, z.B. über ein Bonus-Punkte-System für soziales und ausbildungsunterstützendes Engagement.
- dass die Hilfen für Suchtkranke ausgebaut werden.
- dass die Hospizdienste und palliativ Tätigen unterstützt werden.
- den Wert der psychischen Gesundheit gleichwertig betrachten.

7. MODERNE UND DIGITALE VERWALTUNG

Wir sehen die Verwaltung als Dienstleister und Serviceunternehmen. Die Serviceangebote müssen einfach erreichbar sein und lange Wartezeiten sollten vermieden werden. Die Schreiben und Bescheide der Verwaltung müssen für alle verständlich und barrierefrei sein. Wir wollen eine Verwaltung, die aktiv unterstützt und die schnelle und unkomplizierte Hilfe leistet.

Wir setzen uns für den Ausbau des barrierefreien Online-Angebots ein. Die personelle Ausstattung der Abteilungen, die direkte Dienstleistungen für die Menschen erbringen, darf nicht verringert werden, wenn dies zu längeren Bearbeitungszeiten führen würde. Wir begreifen den Strukturwandel als Chance, unseren Kreis im Bereich Digitalisierung an die Spitze im regionalen Bereich zu bringen.

Wir GRÜNE wollen

- dass Verwaltungsabläufe vereinfacht und beschleunigt werden und Genehmigungsverfahren im Rahmen der Verwaltungsreform durch konsequente Digitalisierung verbessert werden.



7.1 Digitalisierung konsequent voranbringen

Die Menschen erwarten eine transparente, proaktive und barrierefreie Verwaltung. Um dies zu ermöglichen, wollen wir E-Government-Angebote weiter ausbauen und etablieren. Wir befürworten einen verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz. Datenschutz, Transparenz, Verständlichkeit und Diskriminierungsfreiheit haben dabei Priorität und insbesondere bei nachteiligen Verwaltungsentscheidungen ist eine konsequente menschliche Letztkontrolle sicherzustellen. Bei der Digitalisierung ist uns insbesondere der flächendeckende Breitbandausbau wichtig.

Wir GRÜNE wollen

- dass der flächendeckende Ausbau der Breitbandtechnologie im gesamten Kreis vorangetrieben wird.
- dass die digitale Verwaltung konsequent vorangetrieben wird und dass umfassende Open-Data-Angebote des Kreises implementiert werden.
- dass zur Verringerung der Abhängigkeit von internationalen Konzernen in politisch instabilen Zeiten die Kreisverwaltung regelmäßig Softwarealternativen prüft. Dabei soll in zukünftigen Beschaffungs- und Innovationsprozessen bei technischer Machbarkeit diejenige Lösung bevorzugt werden, die die digitale Souveränität der Verwaltung unterstützt.
- eine umfangreiche Marktbeobachtung möglicher digitaler Angebote, um die Arbeit der Verwaltung und die Kommunikation mit den Menschen leichter und effizienter zu gestalten.
- dass die digitalen Self-Service-Angebote der Verwaltung und der Kreisunternehmen ausgebaut werden, etwa durch digitale Assistenten und Chatbots.
- dass Datenschutz und Datensicherheit auf kommunaler Ebene gestärkt werden.
- dass weiterhin darauf geachtet wird, dass durch die fortschreitende Digitalisierung niemand abgehängt wird. Daher müssen für alle Menschen Zugänge geschaffen werden.

- die digitale Infrastruktur im Kreis gezielt ausbauen und moderne und nutzerfreundliche Online-Dienste bereitstellen, z. B. digitale Fahrkarten, Eintrittskarten etc. So kann der Kreis zu einem regionalen Vorreiter im Bereich Digitalisierung werden.
- die Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam mit den Digital- und Tech-Unternehmen und entsprechenden Forschungseinrichtungen vor Ort Studiengänge zu entwickeln, die das nötige Know-how für den Digital- und Tech-Bereich vermitteln.

7.2 Interkommunale Zusammenarbeit – Gemeinsam für den Rhein-Erft-Kreis

Der Kostendruck auf den Kreis und die Kommunen steigt seit Jahren an. Wir sehen in der verstärkten Kooperation des Kreises und seiner Kommunen sowie auch in der Kooperation mit den Nachbarkreisen und der ganzen Region eine Chance, Aufgaben effizienter und kostengünstiger zu erledigen.

Wir GRÜNE wollen

- dass vorhandene Bündnisse und Kooperationen von Verwaltungen anhand konkreter Projekte mit Leben gefüllt werden.



7.3 Personal und Verwaltung – Fit für die Zukunft

Wir machen uns für eine konsequente Personalentwicklung stark – etwa durch Fortbildung, Beratung oder Förderung der Mitarbeitenden. Mit Ausnahme der Führungsebene konnte in der letzten Wahlperiode bei den Kreisangestellten eine Gleichstellung erreicht werden. Dies gilt es nun konsequent fortzusetzen.

Um zusätzliche Fördermittel einwerben und Genehmigungsverfahren besser bündeln zu können, wollen wir zusätzliche Personalkapazitäten zur Verfügung stellen. In vielen Fällen ist eine interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll und effizienzsteigernd. Gerade für die Kommunen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind, ist eine verstärkte Unterstützung notwendig. Wir wollen diesen Weg künftig verstärkt gehen und bestehende Kooperationen ausbauen.

Wir GRÜNE wollen

- dass eine für derzeitige und künftige Mitarbeitenden attraktive Kreisverwaltung geschaffen wird, die flexible Arbeitszeitmodelle in Fach- und Führungsfunktionen ermöglicht und attraktive Entwicklungsmöglichkeiten bietet.
- dass darauf geachtet wird, dass Führungspositionen weiterhin mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.
- dass mit aktiver Personalentwicklung und Nachwuchsförderung die Kreisverwaltung fit für die Aufgaben der Zukunft gemacht wird.
- dass Maßnahmen gegen Diskriminierung unternommen und Beauftragte gestärkt werden, damit Mitarbeitende des Kreises keine Diskriminierung erfahren.

7.4 Verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen

Wir vertreten eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, da stabile und planbare Haushalte die Grundlage für kommunales Handeln bilden. Die nachfolgenden Generationen müssen auch in der Zukunft finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Wir GRÜNE wollen

- dass neue Projekte und Investitionen sowohl hinsichtlich der Risiken für den Kreis, als auch hinsichtlich der Belastung für die Kommunen über die Kreisumlage genau geprüft werden.
- dass die Kreisumlage weiterhin so gering wie möglich und so hoch wie nötig gehalten wird. Dabei wird wie bisher die verstärkt angespannte Finanzlage der Kommunen berücksichtigt.
- dass die Kommunen Planungssicherheit behalten.
- dass die Finanz- und Ausgabenpolitik des Kreises weiterhin verantwortungsvoll gestaltet wird. Ausgaben dürfen zukünftige Generationen nicht belasten, aber die Zukunft darf auch nicht „totgespart“ werden. Neue Ausgaben und Aufgaben des Kreises müssen gut begründet werden.
- dass alle neuen Projekte und Investitionen des Kreises vor der Realisierung explizit auf ihre finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen geprüft werden.
- dass die Auftragsvergabe des Kreises sich an den Kriterien der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit orientiert.
- die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen verbessern, um effizientere Verwaltungsstrukturen zu schaffen und Kosten zu sparen.



7.5 Sicher im Rhein-Erft-Kreis

Das Leben im Rhein-Erft-Kreis ist weitestgehend sicher und die Kriminalität bewegt sich auf einem historisch niedrigen Niveau. Wir werden die bestehenden Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit gewissenhaft und besonnen analysieren und bekämpfen. Denn nur ein sicherer Kreis ist auch ein lebenswerter Kreis. Unsere Feuerwehren und Rettungsdienste sind zentrale Säulen der öffentlichen Sicherheit.

Um ihre Arbeit effizienter, sicherer und attraktiver zu gestalten, setzen wir auch auf moderne Technologien. Durch den Klimawandel werden Unwetter wie Extremwetterereignisse immer häufiger. Wir wollen dafür sorgen, dass unser Kreis hierauf gut vorbereitet ist.

Wir GRÜNE wollen

- dass die Kriminalitätsstatistik des Kreises informativ aufbereitet wird, um die Menschen in unserem Kreis vor Falschmeldungen zu schützen und mit Fakten zu versorgen.
- unsere Feuerwehren und Rettungsdienste mit modernen Technologien ausstatten und diese stetig weiterzuentwickeln.
- einen vorausschauenden und handlungsfähigen Zivil- und Katastrophenschutz.
- eine möglichst unabhängige und widerstandsfähige digitale Infrastruktur. Hierzu sollen entsprechende Evaluierungen stattfinden.
- das Amt für Rettungsdienst, Brand- und Bevölkerungsschutz im Rhein-Erft-Kreis weiterhin stärken, so dass der begonnene Ausbau der Warninfrastruktur zügig vorangeht.
- die Erarbeitung und Fortschreibung der Gefahren- und Risikoanalyse sowie die Fortschreibung und Anpassung der Katastrophenschutzpläne und Sonderschutzpläne weiter massiv unterstützen, damit im Katastrophenfall unsere Bevölkerung einen möglichst umfassenden Schutz erhält.
- gemeinsam mit der Kreisverwaltung prüfen, ob ein Schutzkonzept für die nachhaltige Stärkung der Widerstandsfähigkeit digitaler Infrastrukturen gegenüber Krisen und Katastrophen auf Kreisebene sinnvoll ist.

7.6 Demokratische Teilhabe im Kreis

Der Rhein-Erft-Kreis lebt vom Interesse und der aktiven Beteiligung der Menschen im Kreis. Wir wollen Strukturen und Prozesse schaffen, in denen sich alle in Entscheidungsprozesse einbringen können. Dafür bedarf es einer verstärkten Offenheit und Transparenz der Verwaltung. Gerade die Digitalisierung eröffnet dafür viele neue Möglichkeiten und kann für eine verstärkte, auch junge, Bürgerbeteiligung genutzt werden.

Wir GRÜNE wollen

- dass Bürgerbeteiligung nicht nur als formelle Pflicht betrachtet, sondern durch verschiedenste Veranstaltungsformen mit Leben gefüllt wird.
- dass die digitale und Online-Teilhabe weiterentwickelt wird.



**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KREISVERBAND RHEIN-ERFT-KREIS
BAHNHOFSTR. 24
50374 ERFTSTADT
TELEFON: +49 22 35 – 69 01 08
E-MAIL: BUERO@GRUENE-REK.DE**

